

„Der letzte Schritt zum Ziel“?

Wird die Brüning'sche Regierung und insbesondere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in den vierzehn Monaten ihrer Amtsführung von einer falschen Schätzung zur anderen, von einem Defizit zu einem anderen, von einem Ueberbrückungskredit zum anderen (jetzt wieder 250 Millionen auf 30. Juni) gestolpert sind, bis schließlich diese Rechenfehler die Milliarde überstiegen, darum versteht man es recht gut, warum man auch den Zahlen in der Notverordnung vom 5. Juni die größten Zweifel entgegenbringt. Es ist wohl seit den Tagen von Weimar keine Regierungshandlung mit einer solch überwältigenden Einmütigkeit, wenn auch aus verschiedenen Beweggründen, von sämtlichen Parteien und Parteigruppen, und zwar von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, vielleicht das Zentrum ausgenommen — und hier will nicht einmal die Bayerische Volkspartei mittun —, aber auch von allen Erwerbsständen abgelehnt oder wenigstens so stark kritisiert worden, wie diese große, 34 Druckseiten umfassende Verordnung. Kein Mensch glaubt der Reichsregierung, daß dieses enorme Opfer der „letzte“ große Versuch sei, unsere Finanzen zu sanieren. Oder wie es im Aufruf der Reichsregierung heißt:

„Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas voraussagen kann, wird damit der Reichsstaat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.“

Weshalb hieß es in dem Brüning'schen Wirtschafts- und Finanzplan vom 30. 9. 1930:

„Es geht darum, die Ursache, das Darniederliegen der Wirtschaft zu bekämpfen und über den Tiefpunkt, an dem wir stehen, hinwegzukommen. Sieht man die Aufgabe so an, dann verbietet sie gerade im Interesse der zurzeit arbeitslosen, aber arbeitswilligen Elemente jede neue Belastung der Produktion, vielmehr ist die Entlastung der produktiven Stände zu fördern nicht nur von unmittelbaren Ausgaben, sondern auch von unnötigem Schreibwerk und Zerger. Eine umfassende Vereinfachung vor allem des Steuerwesens ist eine Notwendigkeit. Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmaßnahmen, Entlastung, die Wiederherstellung des Vertrauens sind die Grundideen, die uns führen müssen.“

Und ausgerechnet höhere Steuern und Abgaben sind es, die dem deutschen Volke diesmal auferlegt werden: Zuckersteuer (mehr 110 Millionen), Mineralölzölle (75 Millionen), Kriesssteuer (385 Mill.), Gehaltsabzüge (101 Millionen), von der beschleunigten Monatszahlung bei der Umsatzsteuer (80 Mill.), den neuen Haushaltsabstrichen zu den 1152 Millionen des jetzigen Etats hinzu (85 Mill.) und anderen Einsparungen, namentlich auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung ganz abgesehen.

Nun glaubt kein Mensch, daß diese höheren Steuern auch wirklich die geschätzten 653 Millionen einbringen werden. Denn sie werden zweifellos die Kaufkraft schwächen, die Absatzkraft steigern, die Arbeitslosigkeit vermehren, die Kapitalbildung erschweren, das Betriebskapital schmälern, die Kapitalflucht begünstigen, kurz: neue Finanznöte heraufbeschwören.

Und bei alledem denkt das Reich zunächst nur an sich, d. h. an die Reichsfinanzen, also an den Fehlbetrag für 1931 mit 574 Millionen. Auch diese Schätzungsumme wird zweifellos ganz überholt werden. Sind doch im April 1931, also dem besten Steuermonat, 150 Millionen Steuern weniger eingegangen als das Jahr zuvor. Was nun gar die Länder (Fehlbetrag 300 Millionen) und besonders die Gemeinden (nach Wulert 625 Mill.) betrifft, so überläßt es sie in der Hauptfrage ihrem Schicksal, etwa nach jenem bekannten Spruch des schlimmen Ganelon: „Wär' ich mit guter Art daran, möcht' Euch der Teufel holen“.

Entspannung der Lage?

Berlin, 13. Juni. Wir wie erfahren, ist Reichskanzler Brüning heute früh von seinem Besuch beim Reichspräsidenten in Neudeck wieder in Berlin eingetroffen.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders auch für die Frage, welche Entscheidung die Landvolkpartei treffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, richtet aber, diese Fraktion werde sich voraussichtlich ähnlich entscheiden wie die Deutsche Volkspartei, und so sei die Einberufung des Reichstags so gut wie gewiß.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Reichstagsrat eine Mehrheit für die Parliaments-einberufung ergibt. Man hofft immer noch, daß hier die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, die Einberufung zu verhindern. Die Fraktion tritt am Mon-

Tagespiegel

Der Reichskanzler ist heute morgen wieder in Berlin eingetroffen. Ueber den Inhalt der Unterredung ist nichts bekannt geworden. Brüning lehnt eine Umbildung des Kabinetts ab. Die Einberufung des Reichstags würde den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben. Wenn die Volkspartei — was sehr wahrscheinlich ist — ihren Beschluß nicht revidiert, liegt der Schwerpunkt immer noch bei der Landvolkpartei.

In fast allen größeren Städten Norddeutschlands kam es gestern wieder zu gefährlichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei.

Auch in Frankreich, in Roubaix, ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen.

Der Reichstag ist heute morgen wieder in Berlin eingetroffen. Ueber den Inhalt der Unterredung ist nichts bekannt geworden. Brüning lehnt eine Umbildung des Kabinetts ab. Die Einberufung des Reichstags würde den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben. Wenn die Volkspartei — was sehr wahrscheinlich ist — ihren Beschluß nicht revidiert, liegt der Schwerpunkt immer noch bei der Landvolkpartei.

Die endgültige Entscheidung fällt aber erst am Dienstag in der Sitzung des Reichstages.

Eine große Anzahl von Vertrauensleuten der Wirtschaftspartei aus Berlin und dem Lande hat, dem „Börsenkurier“ zufolge, in einer gestern in Berlin stattgehabten Zusammenkunft einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Beschluß der Vorstand- und Führertagung der Wirtschaftspartei, die Einberufung des Reichstages zu fordern und der Notverordnung Kampf anzusagen, aufs Schärfste verurteilt wird.

Im Reichstag in Berlin trat gestern der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Es waren fast sämtliche Mitglieder des Reichsausschusses erschienen, alle Wahlkreise waren vertreten. Der Parteiführer Abg. Dingeldey erstattete einen einleitenden Bericht über die politische Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnung sich gestaltet hat. Der Vortrag des Parteiführers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiführer und hat zu seiner Führung volles Vertrauen.“

In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Auffassung der Parteiorganisationen Bericht erstattet. Der Parteiführer Abg. Dingeldey schloß die Tagung mit dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß die Partei als einheitlicher, kampfbereiter Körper den politischen Aufgaben entgegensteht im Vertrauen darauf, daß sie mit ihrer Arbeit der Zukunft des Vaterlandes am besten dienen werde.

In parlamentarischen Kreisen hält man es für sehr wahrscheinlich, daß die Volkspartei ihren Beschluß revidiert und so die innenpolitische Lage entspannt.

Überall wieder Kommunisten-Unruhen

In Köln-Mülheim kam es in den Abendstunden wiederum zu Zusammenstößen. Die Demonstranten versuchten das Pflaster aufzureißen, wurden jedoch von zwei Ueberfallkommandos daran gehindert. Am Abend sind insgesamt 23 Personen verhaftet worden. Nach Schluß einer Kundgebung des kommunistischen Kampfverbandes gegen den Faschismus, an der etwa 150 Personen teilnahmen, versuchten sie in Darmstadt einen Demonstrationsszug zu bilden. Beim Anrücken der Polizei zerstreuten sich die Demonstranten, versuchten aber in den Nebenstraßen sich wieder zu formieren. In einem Geschäft wurde eine Schaufensterscheibe eingeschlagen und 3 Mäntel gestohlen und vor einem Gasthof ein Lastkraftwagen umgeworfen.

In Hamburg ist es ebenfalls wieder zu neuen Zwischenfällen gekommen. Etwa 500 Kommunisten versuchten zu demonstrieren. Einschreitende Polizei wurde beschossen und erwiderte das Feuer. Ein Hafnarbeiter erhielt einen Knieschuß, eine an der Demonstration nicht beteiligte Frau einen Fußschuß. Die Polizei nahm 10 Verhaftungen vor.

In Solingen kam es im Anschluß an eine kommunistische Kundgebung zu Zwischenfällen. Es wurden auf die Beamten 12 bis 15 Schüsse abgegeben, von denen jedoch keiner traf. Dagegen wurden einige Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt. Die Polizei war gezwungen, mit der Schußwaffe vorzugehen, wobei zwei Personen aus der Menge verletzt wurden, eine durch einen Fuß-, eine andere durch einen Bauchschuß.

Auch in Köln kam es in der vergangenen Nacht in fast sämtlichen Stadtteilen zu größeren Ansammlungen, wo-

bei an einigen Stellen aufrührerische Szenen zu verzeichnen waren. In Köln-Kalk, Mülheim, Ehrenfeld und mehreren anderen Stadtteilen wurde geschossen, dabei wurden einige Personen verletzt und zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Auch das Rathaus in Ehrenfeld wurde von den Aufrührern beschossen. Die Polizei war überall Herr der Lage und trieb die Zusammenrottungen auseinander.

Nur ein Reichstagsausschuß?

Berlin, 14. Juni. Reichskanzler Dr. Brüning setzte am Samstag seine Bemühungen fort, die Parteien von der Unzweckmäßigkeit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstags und einer Abänderung der Notverordnung zu überzeugen. Schon daraus ergibt sich, daß der Reichspräsident sich mit der von Dr. Brüning verfolgten Linie der inneren Politik einverstanden erklärt hat. Zunächst hatte der Reichskanzler wieder eine längere Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern über deren Aenderungsansprüche. Ferner waren Besprechungen mit den Führern der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und Christlichsozialen vorgesehen.

An der Besprechung, die Reichskanzler Dr. Brüning mit den sozialdemokratischen Parteiführern hatte, nahmen auch Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Führer der Zentrumspartei, Abg. Dr. Kaas, teil. Im Laufe der Verhandlungen wurde, wie das Nachrichtenbüro des WZJ, erfährt, auch die Möglichkeit einer Einberufung des Reichstagsausschusses zum Zwecke der Besprechung der Notverordnung diskutiert, eine entscheidende Stellungnahme ist jedoch noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden wieder vertagt bis nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Hildesheim, nämlich bis zum Montag vormittag.

Vor der Abreise des Kanzlers nach Hildesheim am Samstag nachmittag ist eine Aenderung der innerpolitischen Lage nicht erfolgt. Das Hauptinteresse politischer Kreise konzentriert sich naturgemäß weiter auf die Frage, ob die Deutsche Volkspartei am Montag auf ihrem Beschluß vom Donnerstag abend beharren oder sich bereitfinden wird, ihn zu revidieren. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, rechnet man schon damit, daß die Deutsche Volkspartei auf die Einberufung des Reichstags verzichten wird. Bisher liegen für diese Auffassung nur rein stimmungsmäßige Anzeichen vor, die man vor allem in dem ersten Eindruck zu finden glaubt, den der starke Devisenabzug der letzten Tage allgemein gemacht hat. Aus dem Kreise der Fraktionsminderheit sind auch Bemerkungen im Gange, die eine Plattform für die Aenderung des Donnerstag-Beschlusses suchen.

In Regierungskreisen wird allerdings betont, daß Dr. Brüning gerade nach dem Besuch in Neudeck nicht daran denkt, sachlich etwas von seinem Standpunkt und namentlich von der Notverordnung aufzugeben. Die Schwierigkeiten liegen ja vor allem darin, daß die Wünsche der Deutschen Volkspartei und die der Sozialdemokraten ziemlich weit auseinandergehen. Es gibt deshalb bereits Kreise, die die Ansicht vertreten, das beste Kompromiß sei, die Notverordnung so zu lassen, wie sie ist, zumal das dem entsprechen würde, was die Reichsregierung will.

Zur Diskonterhöhung

Berlin, 14. Juni. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete Reichsbankpräsident Dr. Luther die Diskonterhöhung von 5 auf 7 v. H. und die Erhöhung des Lombardzins von 5 auf 8 v. H. wie folgt:

„Seit Ultimo des Jahres hat die Reichsbank in erheblichem Maße Gold und Devisen abgeben müssen. Zunächst zwar hielten sich die Abziehungen in verhältnismäßig engen Grenzen, die angesichts des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank und angesichts der Tatsache, daß der Noten-umlauf sich entsprechend verminderte, ein weiteres Abwarten als unbedenklich und angezeigt erscheinen ließen. In den letzten Tagen sind jedoch die Anforderungen außerordentlich gestiegen. Hinzu kommt, daß auch eine stärkere Inanspruchnahme des Wechselkredits der Reichsbank eingeleitet hat, so daß die Reichsbank nunmehr gezwungen ist, deutsche Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.“

Die umfangreichen Kreditkündigungen und Wertpapierverkäufe, die seitens des Auslandes stattgefunden haben, gehen nicht auf wirtschaftliche Veränderungen innerhalb Deutschlands, sondern auf Ereignisse anderer Art zurück, unter denen die Vorgänge bei der Oesterreichischen Kredit-Anstalt ihre besondere Rolle spielen. Das Reichsbankdirektorium betont, daß ungeachtet der Fortdauer der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Lage der deutschen Wirtschaft selbst und die deutschen Kreditverhältnisse keine Veranlassung für den eingetretenen Umschwung geben. Gegenüber der tatsächlichen Entwicklung des Devisenmarktes hält das Reichsbankdirektorium eine Erhöhung des Diskontsatzes um 2 v. H. und zwar mit dem heutigen Tage in Kraft tretend, für geboten.

Wieder ein schweres Flugzeugunglück

Deffau, 14. Juni. Gestern nachmittag ereignete sich hier ein schweres Flugzeugunglück. Das Schulflugzeug des Anhaltischen Vereins für Luftfahrt Böcke stürzte infolge eines Bedienungsfehlers in einer Kurve aus etwa 100 Meter ab, fiel auf die Erde und verbrannte. Offenbar ist der Benzintank explodiert. Der Führer Niemann, ein Jungflieger und der Fluggast Bartels verbrannten.

Flugzeugkatastrophe

4 Tote

Saarbrücken, 13. Juni. Das Flugzeug Saarbrücken-Köln D 1455 stürzte heute vormittag über der alten Artilleriekaserne aus einer Höhe von 100 Meter brennend ab, wobei der Fluggastführer, ein Bordmonteur und zwei Passagiere ums Leben kamen.

Ueber den Hergang des Flugzeugunglücks lassen sich vorläufig nur Vermutungen anstellen. Man nimmt an, daß der Führer bald nach dem Aufsteigen — das Unglück ist ja nur wenige Meter vom Flugplatz entfernt geschehen — ein unregelmäßiges Funktionieren des Apparates bemerkte und zurückkehren wollte. Dabei hat er offenbar die Kurve zu kurz genommen, so daß das Flugzeug wie ein Stein nach unten gedrückt wurde. Der linke Flügel berührte dabei den Boden. Der Propeller bohrte sich in die Erde und der ganze Apparat schlug auf. Die Leichen der vier Verunglückten wurden in vollkommen verholtem Zustande geborgen. Ihre Namen sind: Fluggastführer Weichard, Bordmonteur Kampmeier und die Passagiere Herr Weigel und Herr Fromm, beide aus Saarbrücken. Bei dem verunglückten Flugzeug handelt es sich um einen Dorniermerkurapparat. Es ist dasselbe Flugzeug, das am 1. ds. Mts. die Luftkommunikationslinie Köln-Frankfurt eingeweiht hat. Es flog damals um 7.50 Uhr mit sechs Verletzten kölnischer Blätter und Nachrichtenbüros von Köln ab.

Württembergischer Landtag

Verabschiedung des Etats

Stuttgart, 14. Juni.

Das Plenum des Landtags begann gestern in später Abendstunde in 3. Lesung noch mit der Einzelberatung des Etats, wobei Staatspräsident Dr. Holz mitteilte, daß die Regierung die Maßnahmen zur weiteren Einsparung von 8 1/2 Millionen RM. mit dem Finanzausschuß beraten werde, ehe sie durchgeführt würden. Eventuell seien auch noch besondere gesetzgeberische Maßnahmen notwendig. Vom Kultusministerium wurde mitgeteilt, daß der Bau einer Turnhalle für das Lehrerinnenseminar in Marzgrünningen bereits in die Wege geleitet sei. Die einzelnen Kapitel wurden ohne größere Debatte in der Hauptsache nach den Beschlüssen in der zweiten Lesung angenommen. Die Anträge betr. Aufhebung des Versammlungsverbotes und Zurückziehung der Notverordnung wurden abgelehnt. Annahme fand ein Antrag betr. stärkere Bekämpfung der Gottlosenpropaganda. Der Regierung wurde die Ermächtigung erteilt, weitere 8 Millionen einzusparen. In namentlicher Abstimmung wurde zum Schluß der Staatshaushaltplan und das Staatshaushaltgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Die Sozialdemokratie begründete ihre Abstimmung in einer längeren Erklärung. Damit bette der Landtag sein jetziges Arbeitsprogramm erledigt. Er wurde vom Präsidenten um 10.30 Uhr nachts mit den besten Wünschen für die Ferien bis auf weiteres vertagt. Die nächsten Sitzungen finden erst wieder im Herbst statt.

Großes oder kleines Latinum? Die Abgg. Hartmann (DVP.), Scheef (Dem.), Kling (CWD.), Bauer (RP.) und Regenthaler (NS) haben zum Kultetat folgenden Antrag im Landtag gestellt: das Staatsministerium zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob bei dem Nachweis der Lateinkenntnisse, die von den Abiturienten der Oberrealschule bei der Zulassung zu gewissen Staatsprüfungen (höhere Justizdienstprüfung, Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen sprachlich geschichtlicher Richtung, Prüfung für den Forstverwaltungsdienst) verlangt werden, nicht grundsätzlich das sogenannte kleine Latinum als ausreichend anerkannt werden könnte.

Zumpe macht Karriere.

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich verbitte mir deinen arroganten Ton! Ich werde heute noch mit dem Herrn Minister sprechen und dafür sorgen, daß deine Entlassung ausgesprochen wird.“

Kalt erwiderte Zumpe, dem in diesem Augenblick sein Bruder bald haßenswert erschien: „Ich halte den Herrn Minister für gerechter als den Herrn Ministerialdirektor!“

„Du wirst gehen! Verstehst du!“

„Aeden Sie mich nicht mit du an, Herr Ministerialdirektor! Wir waren einmal Brüder! Das ist aus!“

Der Ministerialdirektor bekam einen roten Kopf, zischte etwas Unverständliches vor sich hin und verließ dann das Zimmer, die Tür hinter sich zuknallend.

Georg verlangte tatsächlich vom Minister die Entlassung seines Bruders.

Sie werden einsehen, daß ich nach dem, was vorgefallen ist, meinen Bruder unmöglich in meiner Nähe haben kann.

Der Minister hörte es erstaunt und schüttelte den Kopf.

Dann sagte er ernst: „Her Ministerialdirektor... wo kämen wir hin, wenn wir uns immer von den persönlichen Gefühlen leiten lassen wollten. Sie haben es doch sonst so gut verstanden, ihre persönlichen Anschauungen hinter die Sache zurückzustellen!“

Erbittert entgegnete Georg: „Herr Minister, ich bitte Sie zu bedenken, daß mein Bruder mein Lebensglück in Scherben schlug. Ich habe Ihre Tochter wirklich geliebt!“

Württemberg

Verhütung und Löschung von Waldbränden

Stuttgart, 13. Juni. Die Forstdirektion hat eine Anweisung zur Verhütung und Löschung von Waldbränden ergehen lassen. Das Ministerium des Innern hat dazu angeordnet, daß bei Waldbränden die Gemeinden sowohl innerhalb ihres eigenen Bezirks als innerhalb des Bezirks von Nachbargemeinden ohne Rücksicht auf die Grenze des Oberamtsbezirks Hilfe zu leisten haben. Zur Hilfeleistung, zu der in erster Linie die Ortsfeuerwehren berufen sind, sind die erforderlichen Werkzeuge und Geräte mitzubringen. Hierzu gehören, wenn am Brandort Wasser zur Verfügung steht, insbesondere auch Spritzen und Pumpen einschließlich der Motorpumpen und Motorpumpen. Zur beschleunigten Beförderung der Hilfsmannschaften sind in geeigneten Fällen Fuhrwerke, insbesondere Lastkraftwagen, zu verwenden, die in gleicher Weise wie bei Gebäudebränden aufzubringen sind. Die Ortsvorsteher und Feuerwehrkommandanten haben im Benehmen mit dem Forstamt im voraus über die Art der Hilfeleistung bei Bränden in den für die Gemeinde zunächst in Betracht kommenden Waldungen zu beraten und geeignete Vorkehrungen zu treffen. Auch empfiehlt sich für meist gefährdete Gebiete die Vornahme von Waldbrandlöschübungen der Feuerwehren.

Die Oberamtsvorstände sind auf Ersuchen des Brandleiters ermächtigt, wenn im Einzelfall die ausgetretenen Feuerwehren und Hilfsmannschaften nicht ausreichen, die Schutzpolizei (Polizeibereitschaften und Postkutschabteilungen), soweit es ihre Hauptaufgaben zulassen, nicht nur zur Hilfeleistung bei der Erhaltung der Ordnung heranzuziehen, sondern auch teilweise auch bei den unmittelbaren Lösch- und Rettungsarbeiten mitwirken zu lassen. Aus der Anweisung der Forstdirektion ist hervorzuheben, daß ein gut eingerichteter Meldedienst eine der wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Bekämpfung eines Waldbrands ist. Wer einen Waldbrand wahrnimmt, hat ihn, wenn der Brand nicht sofort unterdrückt werden kann, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde anzuzeigen. Jedermann hat auf Aufforderung der zuständigen Beamten bei einem Waldbrand Hilfe zu leisten, soweit dies ohne erheblichen eigenen Nachteil geschehen kann. Die Anordnungen des die Besonderen leitenden Beamten sowie der von diesem Beauftragten hat jeder Anwesende zu befolgen. Die Leitung der Besonderen kommt dem auf dem Brandplatz anwesenden Staatsforstbeamten zu.

Stuttgart, 14. Juni. Dem Polizeipräsidium Stuttgart sind einige Anzeigen gegen einen noch unbekanntem Betrüger zugegangen, der für eine in Wirklichkeit nicht existierende Firma „Moto-Vertrieb, Stuttgart, Hauptstätterstraße 18“ minderwertiges Reinigungsöl absetzt. Der Betrüger, der etwa 28 Jahre alt, mittelgroß, schlant, barlos ist, dunkle Augen und sonnenverbranntes Gesicht hat, übergab in Geschäften, von denen er annehmen konnte, daß Bedarf für Reinigungsöl vorhanden ist, eine Drei-Liter-Kanne mit der Behauptung, das Öl sei bestellt worden. Er bekam gegen eine Quittung, auf der die genannte Firmenbezeichnung aufgedruckt ist, Beträge von 6 bis 10 RM. Nachher stellte sich dann heraus, daß eine Bestellung nicht ergangen war. Zudem ist nun festgestellt, daß es sich um minderwertige Ware handelt. Das Polizeipräsidium warnt vor diesem Betrüger.

Städt. Nachtragsetat der Stadt Stuttgart. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ zu berichten weiß, wird der städtische Rechnungsabluß für 1930 wahrscheinlich keinen Zuschuß mehr erfordern, es wird aber — im Gegensatz zu früheren Jahren — auch kein Pfennig für den bedrängten Haushalt 1931 übrigbleiben. Wie das Blatt weiter hört, soll beim Woffabriksamt bis heute schon ein Defizit von annähernd drei Millionen Mark vorhanden sein. Dazu kommen noch die verminderten Steuereingänge, so daß also mit einem beträchtlichen Nachtragsetat, der bereits in vierzehn Tagen vorgelegt werden soll, zu rechnen ist.

Die feure städtische Fernsprechanlage. In Stuttgart sind für den Bau der städtischen Fernsprechanlage bis Ende 1930 824 000 RM. ausgegeben worden, reichlich das Doppelte von dem, was ursprünglich vorgesehen und im Jahr 1926 verwilligt worden war. Zur Untersuchung über die Ueberschreitungen ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der seitestellt hat, daß die Ueberschreitungen durch die



Für die
Gesundheit!

Ausdehnung der Automatisation auf weitere städtische Kiemer und Betriebe veranlaßt worden sind und daß mit Ausnahme von 11 160 RM. der Gemeinderat die vorausgabten Mittel verwilligt hat. Bewußte oder gewollte Unregelmäßigkeiten haben sich Beamte nicht zu schulden kommen lassen; dagegen hat es das Hochbauamt an der nötigen Kontrolle und Nachprüfung der einzelnen Rechnungen fehlen lassen, indem es einen untergeordneten Beamten mit der ganzen Aufgabe betraute, der er gar nicht gewachsen sein konnte. Die mit der Ausführung der Arbeiten beauftragte Firma Siemens und Halske hat sich nachträglich infolge Erweiterung des Auftrags zu einem Mengenrabatt von 15 Prozent = 60 000 RM. bereit erklärt. Der schuldige Beamte des Hochbauamts wurde vom Oberbürgermeister in eine Geldstrafe im höchst zulässigen Betrag genommen. Außerdem sollen die Akten der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung zugestellt werden.

Die Neue Weinsteige und Cannstatter Krankenhaus werden heuer nicht gebaut. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ hört, kann heuer die Stadt bei ihrer außerordentlich angespannten Finanzlage nicht daran denken, die vorgelebene Verbreiterung der Neuen Weinsteige durchzuführen. Ueber den Neubau der Hautklinik beim Cannstatter Krankenhaus ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Es scheint aber, daß auch dieser Plan noch zurückgestellt werden muß. Die Verbreiterung der Neuen Weinsteige kostet weit über eine Million.

Deutscher Gastwirtsstag in Stuttgart. Der 56. Deutsche Gastwirtsstag findet am Mittwoch, 9. September, in der Stuttgarter Stadthalle und am Donnerstag, 10. September, im Saalbau Wulle statt. Die Hauptversammlung (Sitzung der Abgeordneten) findet am Dienstag, 8. September, vormittags 10 Uhr, im Saale des Stadtgartens statt. Montag, 7. September abends ist Sitzung des Preussischen Landesverbandes.

Strafantrag gegen den N.S.-Kurier. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Justizministerium hat wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. Bauer beim Amtsgericht Stuttgart I durch den Artikel „ein jüdischer Amtsrichter“ in Nr. 127 der in Stuttgart erscheinenden Zeitung „N.S.-Kurier“ als vorgelebte Behörde des beleidigten Beamten Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt.

Degertloch bei Stuttgart, 14. Juni. Schwere Unglücksfall. Ein schwerer Unglücksfall ereichte abends in der Möhringer Straße ein siebenjähriges Mädchen nahe der elterlichen Wohnung dadurch, daß es einem Personenauto direkt vor den Räder sprang und erschlagen wurde. Mit lebensgefährlichen Verletzungen (schwerer Schädelbruch, sowie gebrochenem Fuß) wurde es in die Wohnung der Eltern und kurze Zeit nachher ins Krankenhaus gebracht.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 13. Juni. 20 Prozent Umlage. Der Gemeinderat beriet den Haushaltsplan für das Jahr 1931. Die Ausgaben betragen 3 736 800, die Einnahmen 2 346 800 Reichsmark, so daß 1 390 000 RM. zu decken sind. Besonders ins Gewicht fällt, daß das Fürsorgewesen einen Fehlbetrag von 360 000 RM. aufweist. Vorgelesen ist wie im Vorjahr eine Umlage von 20 Prozent. Außerdem wurde beschlossen, die Einführung einer gestaffelten Bürgersteuer ab 1. April d. J. und die Erhöhung der Gemeindebürgersteuer um 60 Prozent ab 1. Juli d. J.

Denkmalsweihung und Train-Lag. Dem Beispiel anderer Formationen folgend, werden auch die Angehörigen der ehemaligen Train-Abteilung 13 und der zahlreichen, aus ihr hervorgegangenen Feldformationen folgen und hier ihre im Weltkrieg Gefallenen durch Errichtung eines Denkmals ehren. Die Einweihung des Monuments ist für 12. Juli vorgesehen. Der Entwurf stammt von dem bekannten Bildhauer Emil Riemlen. In der Allee vor der Train-Kaserne erhebt sich auf wuchtigem Sockel eine Reitergestalt, deren erste Züge und gesammelte Haltung dem Schmerz um die Geliebten packenden Ausdruck geben. Zur Enthüllung des Denkmals werden aus Stadt und Land Tausende von alten Soldaten des Trains erwartet.

Neuenbürg, 13. Juni. Der Mörder Beyle. Wie man erfährt, ist es zweifelhaft, ob die Verhandlung gegen den in Tübingen inhaftierten Eugen Beyle aus Engelbrand in diesem Monat noch durchgeführt wird. Beyle, der unter der Anklage des vierfachen Mordes steht, hat sein kurz nach der Tat abgelegtes Geständnis widerrufen und so eine erhebliche Verzögerung des Prozesses erreicht.

Jüngen M. Suiz, 14. Juni. Vom Pferdebehuß getroffen. Landwirt Johann Martin Zimmermann wurde beim Mitführen von seinem eigenen Pferd demnach ins Gesicht geschlagen, daß er bewußtlos vom Platz getragen

„Ich glaube Ihnen das, wenn wir aber ganz ehrlich sein wollen, dann tragen Sie doch Schuld daran, nicht aber Ihr Herr Bruder. Warum verschließen Sie sich dem?“

„Ich gebe zu, daß ich... eine törichte und unbegründete Sorge hatte, Herr Minister, aber... hätte Anton nicht telegraphiert...!“

„Lassen wir das Thema! Ich werde mit Ihrem Bruder reden! Vielleicht läßt sich es machen, daß wir ihn im Wohlfahrtsministerium unterbringen.“

Während dieser Unterredung rief Adolf Zumpe an und teilte seinem Bruder mit, daß er bei Stallbaum und Duede als Volontär eintreten könne. Man wolle ihm sogar 120.— Mark Anfangsgehalt zahlen.

Anton hatte kaum den Hörer aufgelegt, als er zum Minister gebeten wurde.

Herr von Zedtlitz empfing ihn ernst und herzlich.

„Bat ihn Platz zu nehmen und sagte: „Herr Zumpe... Ihr Herr Bruder hat mich eben interpelliert. Hat gebeten, daß ich veranlasse, daß Sie Ihre eben begonnene Position aufgeben.“

Anton rechte sich auf und sah gespannt.

„Sie haben sich auf mir vielleicht ein richtiges Bild gemacht, Herr Zumpe, als Ihr Herr Bruder, der allzusehr mit seiner Arbeit beschäftigt ist. Sie haben helle Augen und werden wissen, daß ich jede Kleinlichkeit in persönlicher Hinsicht hasse. Ich kann und will Sie natürlich nicht entlassen, das wäre ungerecht, denn im Grunde genommen haben Sie nur als guter Sohn gehandelt und ich muß Ihre Handlungsweise eher schätzen als verurteilen.“

„Ich danke Ihnen, Herr Minister! Ihre Worte sind mir wie Absolution. Ich habe nichts Böses wider Georg gewollt!“

Der alte Herr nickte und sagte freundlich: „Das weiß ich! Drum halte und stütze ich Sie in jeder Hinsicht. Aber... darin wollen wir auch ehrlich zueinander sein... angenehm wird es für keinen Teil, nicht einmal für mich sein, wenn Sie weiter unter Ihrem Bruder schaffen. Drum möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen. Sie treten als Hilfsarbeiter im Wohlfahrtsministerium ein. Ich werde mit dem Herrn Minister sprechen und es wird sich machen lassen.“

Da schüttelte Anton den Kopf und sagte: „Herr Minister... Sie sind sehr gütig zu mir. Aber... ich glaube doch die Luft auf dem Ministerium ist nicht die richtige für mich!“

„Was wollen Sie dann anfangen?“

„Mein Bruder hat mir eben mitgeteilt, daß ich als Volontär in die bekannte Buchhandlung Stallbaum und Duede unter den Linden, eintreten kann... Adolf ist dort Geschäftsführer und ich glaube, es ist doch das Richtige, wenn ichs tue.“

Der Minister nickte.

„Vielleicht! Was soll ich Ihnen da raten! Sie sind Manns genug, um das Leben richtig zu packen.“

„Ich danke Ihnen, Herr Minister. Dann... werde ich heute meine Tätigkeit auf dem Ministerium beschließen.“

„Wie Sie wollen, lieber Zumpe! Aber... um eins bitte ich Sie... meine Frau und Uchi schließen sich dem an... machen Sie sich nicht so rar bei uns! Wir freuen uns, wenn wir Sie sehen!“

(Fortsetzung folgt).



und in die Chirurgische Klinik nach Tübingen verbracht werden mußte. Der Zustand des Verletzten, der starke Schmerzen zu ertragen hat und bei dem Unfall sämtliche Zähne verlor, ist noch sehr ernst.

Oberndorf, 13. Juni. Sparrassentagung. Gestern tagten die Leiter der Oberamtsparzellen und der Städtischen Sparrassen des Schwarzwaldbereichs und der Städtischen Sparrassen der Schwabensparzellen und der Städtischen Sparrassen in Oberndorf. Die Zusammenkunft diente der Erörterung laufender und aktueller Fragen. Zur Teilnahme hatte sich auch Präsident Reuffer und Direktor Müller vom Bürt. Giroverband in Stuttgart eingefunden. Landrat Reihling hieß die Gäste im Namen der Amstörperschaft Oberndorf und zugleich für die Oberamtsstadt, die durch Bürgermeister Bager vertreten war, herzlich willkommen. Im Laufe des Tages besichtigten die Erschienenen das neue Amstörperschaftsgebäude mit der hiesigen Oberamtsparzelle, deren Unterbringung und Anlage allgemein Ansehen fand. Die Stuttgarter Herren stellten nachmittags noch mit dem Oberamtsvorstand und dem Leiter der Oberamtsparzelle deren Zweigstelle und dem Rathaus in Schramberg einen Besuch ab, wobei gleichfalls bezirkswichtige Fragen besprochen wurden.

Nischalden O. Oberndorf, 13. Juni. Der Fuchs im Hühnerstall. Meister Reineke stattete bei Metzgermeister Rorsmann einen Besuch im Hühnerstall ab. Sechs jüngere Hühner neben dem Hahn wurden seine Beute. Erst als ein Nachbar darauf aufmerksam wurde, mußte er von seinem blutigen Handwerk ablassen, sonst würde ihm der ganze Hühnerbestand zum Opfer gefallen sein.

Giengen a. B., 13. Juni. Der Streit um die Gemeindeumlage. Im Gemeinderat wurde ein oberamtlicher Erlaß bekanntgegeben, worin darauf hingewiesen wird, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 eine Erhöhung des Gemeindeumlagesatzes für 1931 gegenüber dem bis 31. Dezember 1930 für 1930 oder früher rechtswirksam beschlossenen oder festgesetzten Gemeindeumlagesatz unzulässig sei. Wenn die gesetzlich zulässigen Deckungsmittel nicht ausreichen, so müssen alle Ausgaben, die nicht auf dem Gesetz beruhen oder auf Grund sonstiger Verpflichtung zu leisten sind, gedrosselt d. h. den vorhandenen Einnahmequellen angepaßt werden. Für Giengen ergebe sich hieraus, daß der ungedeckte Abmangel des Rechnungsjahres 1930 den Haushaltsplan 1931 in seiner Weise belasten darf, sondern vollständig durch eine Nachumlage zu decken ist. Das Oberamt sinit die Stadtgemeinde Giengen a. B. die Erhebung von Zuschlägen zur Gemeindebesteuerung und zur Bürgersteuer an, soweit es dem Gemeinderat nicht gelingen sollte, durch nachträgliche Abstriche den Aufwand für das Rechnungsjahr 1931 zu verringern. Eine Beschlußfassung des Gemeinderats ist noch nicht erfolgt.

Mergelsteden O. Heidenheim, 13. Juni. Vermißt. Seit Montag, den 8. ds. Mts. wird der verheiratete Weber Daniel Burkhardt als von hier vermißt. Burkhardt hat am Montag in aller Frühe seine Wohnung verlassen, wurde jedoch nachmittags noch im Dorf gesehen und ist seither spurlos verschwunden. Vermutlich hat er durch Selbstmord seinem Leben ein Ende gemacht.

Neu-Um, 13. Juni. Tödlicher Unfall. Vormittags wurde in der Augsburger Straße hier der 62 J. a. Obersekretär a. D. Anton Huber von einem Kraftwagen angefahren, als er die Straße überqueren wollte. Die Verletzungen schienen äußerlich nicht gefährlich zu sein; es traten aber innere Blutungen auf, die mittags den Tod des Mannes herbeiführten.

Vom Oberland, 14. Juni. Obst- und Heuernte. Die Heuernte ist in vollem Gang und gibt nach Menge und Güte einen guten Ertrag. Der Hagel hat da und dort Schaden gemacht, doch gingen die Gewitter dieser Woche in der Hauptsache gnädig vorüber. Die Obstertente verspricht nicht den erhofften Ertrag. Ob die Frühwinde geschadet.

Jany, 14. Juni. 50. Jubiläum und Diaspora-tagung. Das 50jährige Reformationsjubiläum am Feiertag Peter und Paul wird eifrig vorbereitet. Am gleichen Tag findet die 2. O. Diasporaverammlung in Sigmaringen statt. Die Hauptvorträge auf dieser Tagung werden Superintendent Seeliger-Sigmaringen, Pfarrer Homann-Düffeldorf und Pfarrer Raß-Köln halten.

Ravensburg, 13. Juni. 40 Einbrüche aufgeklärt. Der Kriminalpolizei gelang es in den letzten Tagen, etwa 40 Einbrüche, die in Bissen, Kaffeehäusern, Bahnhöfen, Kaufhäusern, Wohnungen usw. in mehreren Ortsteilen des Oberlandes verübt wurden, aufzuklären und zwei der Haupttäter in Weiler bei Ravensburg, dem Ausgangspunkt der Raubzüge, festzunehmen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um mit Zuchthaus verurteilte Personen. Ein Diebstahler führte zur Aufdeckung der Diebstahle.

Tettwang, 13. Juni. Betrunkener Kraftfahrer. Am 28. April, einem Wochenmarktsstage, war der Gast- und Landwirt und Holzhändler Krapp aus Lochbrücke auf der Heimfahrt nach Begegnung mit einem Kraftwagen und Baum eingeklemmt und zuerst für tot betrachtet, doch wurde er nur schwer verletzt, während dem Fahrer nichts passierte. Es wurde festgestellt, daß er betrunken war, hatte er doch in der zuletzt besuchten Wirtschaft allein 6 Viertel Wein getrunken; er torkelte auf der Unfallstelle umher, schwächte dumm heraus und beleidigte einen Beamten. Im Wagen fand man auch einen Revolver, für den ein Waffenschein nicht vorhanden war. Krapp wurde nun zu 500 und 20 RM. Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt. Die Einziehung des Führerscheins wird folgen.

Zusammenbruch des Binnenmarktes

Sigmaringen, 14. Juni. Am Donnerstag versammelten sich in Sigmaringen die führenden Vertreter der süd- und südwesddeutschen Landwirtschaftskammern einschließlich des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Thüringischen Hauptlandwirtschaftskammer, um in erster Zeit zu den lebenswichtigen Fragen der Landwirtschaft Stellung zu nehmen. Außer den aktuellen Fragen zur Einheitsbewertung und den Umfassungsverordnungen der Landwirtschaft auf die nachfolgenden Termine wurde insbesondere über Selbsthilfemaßnahmen, wie Schaffung von Handelsklassen für Getreide und Förderung der Technik in der Landwirtschaft beraten.

Am nächsten wurde zu den außerordentlich perlezierten

ten Abnahmeverhältnissen für eine Reihe wichtiger land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse verhandelt und folgende Entschlüsse angenommen: „Zur Lage des Waldbaues wird mit besonderem Nachdruck auf die katastrophale Lage der Waldwirtschaft hingewiesen. Trotz der Forderungen des Deutschen Landwirtschaftsrates ist bisher für die Besserung der Verhältnisse in der Holzwirtschaft keine einzige wirksame Maßnahme getroffen worden. Dieser Zustand kann nicht weiter ertragen werden. Die süd- und südwesddeutschen Kammern müssen die sofortige Durchführung des Verwendungszwangs von Inlandsholz durch die Reichsregierung und die Landesregierungen mit allem Nachdruck verlangen. — Zur Lage der Milchwirtschaft: Die Erzeugerpreise für Milch und Milchzeugnisse verschärfen die unhaltbare Lage der Milchwirtschaft von Woche zu Woche. Die süd- und südwesddeutschen Landwirtschaftskammern erheben deshalb erneut den Ruf nach Schutz vor der Auslandskonkurrenz durch eine schon früher in Aussicht gestellte ausreichende Erhöhung des Butterzolles. — Steuerliche Berücksichtigung des deutschen Tabakbaues: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird dringend gebeten, sich im Sinne des einmütigen Beschlusses des Deutschen Landwirtschaftsrates für die Berücksichtigung des deutschen Tabakbaues bei der Regelung der Tabaksteuer einzusetzen. — Maßnahmen zur Stärkung des deutschen Obst- und Gemüsebaues: Die Konferenz ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß Selbsthilfemaßnahmen allein nicht ausreichen, sondern daß nur dann ein wirksamer Erfolg zu erwarten ist, wenn dem durch höhere Produktionskosten vorbelasteten deutschen Obst- und Gemüsebau baldigst der unerlässliche Schutz seiner Arbeit durch Abschaffung der schrankenlosen Masseneinfuhr aus dem Ausland zuteil wird. Gleichzeitig wären frachtarbeitsfördernde Maßnahmen zugunsten der heimischen Wirtschaft zu fördern. — Zum Gemüse-Exportverkehr: In München und Frankfurt a. M.: Im Interesse der Erhaltung des einheimischen Obst- und Gemüsebaues wird wiederholt und dringend die alsbaldige Aufhebung des Exportverkehrs in München und Frankfurt a. M. gefordert. — Zur Frage des Zolles für Kleie wird festgestellt, daß die süd- und südwesddeutsche Landwirtschaft noch wie vor die Beibehaltung des bisherigen Kleiezolles fordert. — Zu den handelsvertraglichen Verhandlungen mit Rumänien und Ungarn wird erwartet, daß die Reichsregierung in den deutsch-rumänischen und den deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen keinerlei Zugeständnisse macht, die die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft in sich tragen.

Lokales.

Wildbad, den 15. Juni 1931.

Schießsport. Die Klein-Kaliber-Schützenabteilung des Krieger- und Militärvereins nahm am gestrigen Bezirks-Frühjahrschießen in Höfen teil und konnte dabei schöne Erfolge erringen. Im Gruppenschießen erhielt die Mannschaft 1 den 2. Preis, die Mannschaft 2 den 5. und die Mannschaft 3 (Schützen über 50 Jahre) den 8. Preis. Im Einzelschießen erhielten Preise: 3. Karl Hammer 57 Ringe, 5. Karl Diechhoff 56 Ringe, 6. Viktor Reiter 56 Ringe, 17. Fritz Krauß 54 Ringe, 19. Fritz Hainer 54 Ringe, 26. Robert Böttchen 52 Ringe, 29. W. Kaufmann 52 Ringe. Bei den Jungschützen erhielt Willi Eitel den 1. Preis mit 51 Ringen.

Kein Don-Kosaten-Konzert, sondern Tanz-Gastspiel. Das im Sommer-Berichtungsplan für Montag, den 15. Juni vorgesehene Konzert des Don-Kosaten-Chors kann leider nicht stattfinden, da der Chor, veranlaßt durch eine andere Vortragsreise, sich zu dieser Zeit in Oesterreich befindet. An diesem Abend findet ein Sinfonischer Tanzabend statt unter Leitung von Musikdirektor Friedrich mit Tanz-Gastspiel Irmgard Werten — Fred Mühler (München).

Film-Abend. Am Dienstag abend wird im Kurfaal der Film „Der Kampf ums Matterhorn“ aufgeführt. Man könnte diesen Naturfilm auch ein Drama in den Bergen nennen; denn was sich hier vor den Augen der Besucher abspielt, ist geradezu erschütternd und zeigt, wie ungeheuer groß die Gefahren für die Hochtouristen sind. Allenfalls hat dieser Film großen Anhang gefunden und dürfte auch hier gut besucht werden.

Voransage: Lichtbildervortrag. Dr. Hermann Rüdiger, Abteilungsleiter am Deutschen Auslandsinstitut, der am 19. ds. Mts. einen Lichtbilder-Vortrag über „33 Jahre polarer Luftfahrt, von Andree bis Robile“ im Kurfaal halten wird, ist einer der wenig Ueberlebenden der deutschen Schröder-Stranz-Expedition nach Spitzbergen. Er war jahrelang Assistent des Nord- und Südpolar-Forschers, Professors von Druggast in München und schrieb folgende Polarbücher: „Deutschlands Anteil an der Lösung der polaren Probleme“, — „die Sorge bei“ — „Aus den Schicksalsstagen der Schröder-Stranz-Expedition“ und bearbeitete vor kurzem die deutsche Ausgabe von „Neuland im Norden“ des kalifornischen Polarforschers Stefansson.

Aus der Nachbarschaft.

Calmbach, 14. Juni. Am Freitag abend fand im Gasthaus zum Anker ein öffentlicher Vortragsabend der Ortsgruppe Ober-Enzthal des Alldeutschen Verbandes statt, in der als Redner Herr Dipl.-Ing. W. Reith, Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes in Berlin auftrat. Er sprach über das Thema: Klares Ziel für den Endkampf. Trotz der bedrückenden Schwüle war der Saal gefüllt und alles lauschte gespannt, ob Befinnungsgenosse oder Gegner, den Ausführungen des Redners. In spannendster Rede entwickelte Herr Reith etwa folgendes:

Die nationale Opposition, die heute in siegreichem Vorwärtsschreiten mit den Vertretern des bisherigen Systems um die Macht ringt, hat ihren tiefsten Ursprung in der Bewegung, die vor mehr als 40 Jahren entstand als Bismarck entlassen worden war. Damals traten Männer zusammen, die sich Sorgen um das weitere Geschick des deutschen Volkes machten und in dem „neuen Kurs“ einen Weg ins Verderben sahen. Diese erste nationale Opposition war der Alldeutsche Verband, der später unter der Führung des Mannes, der noch heute der Leiter dieser Bewegung ist, Justizrat Claf, eine ansehnliche Bedeutung für die Politik im deutschen Reich erlangt hat. Wenn aber behauptet wird, daß vor und während des Krieges amtlich alldeutsche Politik getrieben wurde, so trifft das nicht zu, denn gerade die Alldeutschen galten für die Herren von Bülow und Bethmann-Hollweg als die größten Gegner, die man bekämpfen mußte, wo man sie trifft. Aus der damaligen Zeit hat man schon die Schimpfswortprägungen gegen Alldeutsche wie: Schwarzseher und Kriegstreiber. Wer das Wort alldeutsch richtig begriffen hat, weiß, daß es sich hier um eine rein ideale Bewegung handelt, in der Männer und Frauen zusam-

menstehen, denen ihr deutsches Volk über Alles geht. Vor dem Kriege haben die Alldeutschen in zahlreichen Schriften und Büchern auf die drohenden Gefahren hingewiesen, denen Deutschland entgegengeht. Ein besonders erschütterndes Werk ist das im Jahre 1912 erschienene Buch von Claf: Frymann: Wenn ich der Kaiser wäre. In diesem Buch werden die Verhältnisse, wie sie heute auf uns drücken, geschildert als ob sie heute niedergeschrieben wären, aber der Verfasser erschöpft sich nicht in Voraussetzungen, sondern er gibt in jedem Falle das Mittel an, das zur Rettung angewandt werden muß. Diese nationale Opposition in der Vorkriegszeit etwa 30 000 Mann stark, hat sich nun in der Leidenszeit durchgesetzt und wenn man heute die Bewegungen wie Stahlhelm, Nationalsozialisten und Ähnliche sieht, so muß man in ihnen die Auswirkungen der damaligen ausgesprochenen Gedankengänge erblicken. Durch die Not der Nachkriegszeit, sind weiteste Kreise zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Männer der Vorkriegsopposition, also die Alldeutschen, in ihren Voraussetzungen im Wesentlichen stets recht behalten haben, und man will, daß die, die ihr Volk und Vaterland über Tributzahlungen und internationale Verständigungen setzen, das heutige System der Erfüllungsfreudigkeit ablösen und daß die Macht im Staat in die Hände derer übergeht, die bisher als die nationale Opposition bezeichnet wurden. Betrachtet man sich die heutige Not, so muß man zur Ueberzeugung kommen, daß es so nicht weiter getrieben werden kann. Der Verschuldungsprozeß, in den das deutsche Volk hineingetrieben wurde ist auch durch das Kabinett Brüning nicht behoben worden, obwohl es mit ganz besonderen Machtbefugnissen ausgestattet worden war. Die hervorragendste Aufgabe dieses Kabinetts war 1. die bedrohte Landwirtschaft im Osten zu retten, 2. die Reichsfinanzen zu sanieren, 3. die außenpolitische Isolierung Deutschlands zu beheben. Alle drei Ziele sind nach 14 monatlicher Arbeit nicht erreicht, sondern die Verhältnisse haben sich derart verschlimmert, daß die Regierung selbst zugeben muß, daß nunmehr das Maß des Erträglichsten überschritten ist. Die Verhandlungen von Chequers sind absolut ergebnislos verlaufen, wenn nicht gar noch nachträglich Zugeständnisse zugegeben werden. Die Landwirtschaft ist fast vollkommen entwürzelt; auch die Industrie, die in ihren führenden Verbänden stets die Politik der Reichsregierung gestützt hat, erklärt in ihren letzten sehr ernsten Versammlungen, daß man sich in der bisherigen Zeit auf einem falschen Weg befunden habe und eine entschlossene Umkehr dringendes Erfordernis sei. Die Finanzen des Reiches sind derartig zerrütet, daß trotz einer Mehrbelastung durch Steuern auf Grund der 1. Notverordnung in Höhe von 1,5 Milliarden Mark und trotz der Anleihen, wie Kreugeranleihe und Überbrückungskredit in Höhe von 1,6 Milliarden, ein Defizit von 1,25 Milliarden zugegeben wird. Aus den Zahlen ergibt sich, daß das Kabinett Brüning gegen das vorige Jahr 4,35 Milliarden mehr ausgegeben hat. Die Finanzen sind also nicht nur nicht in Ordnung gebracht worden, sondern es ist noch schlimmer geworden, und den Schaden versucht die Regierung jetzt dadurch zu decken, daß sie vom Volk ein weiteres Opfer verlangt, das untragbar erscheint, wo doch schon jetzt Alles bis zum Weibhüten zu Zahlungen herangezogen worden ist. Die veranschlagten Summen werden niemals in die Staatskassen hineinschießen, da die Lage der Wirtschaft sich noch in keiner Weise gebessert hat und Aussicht auf Besserung auch nicht besteht. Was nun? Wenn das Volk die Notverordnung in Ruhe hinnimmt und die Verhältnisse noch ein halbes Jahr so weiter laufen läßt? Wir werden gezwungen sein, gegen politische Zusicherungen Auslandsanleihen anzunehmen und wir werden für alle Ewigkeit ein gefesseltes Volk sein, eine Arbeiterkolonie für die Siegerstaaten. Das höchste Gut, das ein Volk hat ist die Freiheit und um die handelt es sich jetzt in dem unmittelbar bevorstehenden großen Ringen. Schon sind radikale Linksgruppen an der Arbeit und versuchen die Vergewaltigung des Volkes mit moskowitischer Hilfe zum Bürgerkrieg zu treiben. Die in letzter Zeit an verschiedenen Orten des deutschen Vaterlandes aufflammenden Unruhen müssen als planmäßige Handlungen angesehen werden mit dem Ziel Alles in ein bolschewistisches Chaos hineinzutreiben. Wenn hier die Regierung nicht sehen will, daß die nationale Opposition nicht mit den Kommunisten in einem Atemzug genannt werden kann, weil letztere ja die Zerstörung wollen, die Opposition aber aufbauen will, so wird die schwerste Erschütterung nicht zu vermeiden sein. Gehen wir den bisherigen Weg weiter, so wird die politische und finanzielle Bevormundung des deutschen Volkes der einzig mögliche Ausgang sein. Bolschewistenherrschaft führt zu Zerstörung, so bleibt nur der alleinige Weg, mit Hilfe der Opposition den Versuch zur Rettung zu wagen. Man soll nicht behaupten, daß die Opposition zu fruchtbarer Arbeit nicht fähig sei. Die völkischen Gedanken haben sich bei anderen Staaten als die einzig rettenden und erhaltenden erwiesen. Zudem ist die nationale Opposition heute nicht mehr eine kleine Minderheit, sondern zu einer sehr starken Schar, die man mit 16 bis 20 Millionen nicht zu nieder ansehen muß, erstarkt.

Die einzigen ernstesten Gegner sind die Kommunisten, deren Zahl bei weitem nicht an die der nationalen Opposition heranreicht, die aber an Strupellosigkeit und Unbekümmertheit gegenüber den Gesetzen nichts zu wünschen übrig läßt. Was sich jetzt noch Mitte nennt, also die Gruppen von Volksservantinnen über Zentrum zur Mehrheitssozialdemokratie, hat das Vertrauen des Volkes restlos verloren und sich selbst ausgeschaltet. Allerdings haben Männer dieser Gruppen die politische Macht in der Hand. Ob sie sie freiwillig herausgeben, davon hängt es ab, ob Deutschland in einen blutigen Kampf gestürzt wird oder nicht. Die nationale Opposition will diesen drohenden Bürgerkrieg vermeiden und erstrebt mit rein legalen Mitteln die Herrschaft im Reich und in den Ländern, denn einer Erschütterung wird das zermürbte Volk kaum noch Widerstand entgegenzusetzen können. Aus diesem Grunde hat der alldeutsche Verband auf seiner Satzung am 7. Juni in Stuttgart eine Entschlüsselung gefordert, die an alle Mitglieder der nationalen Opposition gerichtet ist, und in der betont wird, daß Alles zu versuchen ist unser Reichspräsidenten den Herrn Feldmarschall von Hindenburg zu veranlassen, das Kabinett Brüning zu entlassen und die Regierung einem neuen Kabinett zu übertragen, das nur aus Angehörigen der nationalen Opposition zusammengefaßt ist. Jedenfalls haben die Männer der nationalen Opposition den Willen, das deutsche Volk aus dem Fesseln zu lösen und sie haben auch das Vertrauen weitester Kreise des deutschen Volkes für sich wie das mächtige Anschwellen der nationalen Bewegung besonders deutlich in der letzten Zeit erkennen läßt.

Stärkster Beifall lohnte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Ergriffen lauschte Jeder den persönlichen Erlebnissen, die uns die Zeit der französischen Besetzung im Ruhrgebiet von der schlimmsten Seite zeigten. Mögen wir daraus lernen, wie notwendig es ist, daß wir uns wieder zu einem einigen, starken Volk zusammenschließen.

Nachversteuerung des Zuckers

Nach der Durchführungsordnung des Reichsfinanzministers zur Zuckernachversteuerung auf Grund der Rotverordnung untersteht Zucker, der sich am 16. Juni 1931 im freien Verkehr befindet, einer Nachsteuer in Höhe des bis zum 15. Juni geltenden Steuerfußes. Mengen bis zu 100 Kilogramm Eigengewicht bleiben von der Nachsteuer frei. Wer am 16. Juni im freien Verkehr befindlichen Zucker im Besitz oder in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, ihn bis zum 23. Juni der zuständigen Steuerbehörde anzumelden. Die Steuerpflicht ist, sofern sie nicht bei der Anmeldung sofort beglichen wird, je zur Hälfte am 25. Juni und 25. August einzuzahlen. Für die Berechnung der Zuckernachversteuerung für Zuckerwaren und zuckerhaltige Waren, die bis zum 30. September zur Ausfuhr angemeldet werden, ist der bis zum 15. Juni geltende Steuerfuß maßgebend, es sei denn, daß bei der Herstellung Zucker verwendet worden ist, der bereits den neuen Steuerfüßen unterliegt hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Großfeuer in Königsberg. Das Großfeuer im Textilwarenhaus Alexander und Ehternach hat den Dachstuhl sowie das gesamte Obergeschoß des vierstöckigen Gebäudes vollständig zerstört. An den Löscharbeiten beteiligte sich die gesamte Königsberger Feuerwehr. Einige Feuerwehrleute haben kleinere Verletzungen erlitten.

Von einem tollwütigen Hund gebissen. In der Jungstraße im Osten Berlins wurde der in dieser Straße wohnende Friseur J. B. und seine Frau von ihrem tollwütigen gewordenen Hund gebissen. J. B. hatte sich diesen Hund erst vor 8 Tagen zur Bewachung des Geschäftes angeschafft. Als er heute nachmittag auf der Straße den Hund spazieren führte, fiel dieser plötzlich über ihn her und richtete ihn demmaßen zu, daß er bewußtlos und blutüberströmt zusammenbrach. Auch seiner hinzueilenden Frau brachte das Tier schwere Bisswunden bei, durch die eine Pulsader zerrissen wurde. Der Hund ließ dann zähnefleischend und mit Schaum vor dem Maul die Straße entlang, bis zwei Polizeibeamte ihn schließlich erschließen konnten.

Paddelbootunglück auf dem Rhein. Auf dem Rhein in der Nähe von W a r n e i m gerieten abends 3 junge Leute mit ihrem Paddelboot in eine starke Strömung. Das Boot kenterte. Von den 3 Insassen ertranken 2 Brüder.

Ausstellung eines Bau-Wettbewerbs. Die Württ. Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbunds veranstaltete unter Förderung der Stadt Heilbronn und der Württ. Wohnungskreditanstalt einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Wohn- und Geschäftshaus in Heilbronn. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs ist im staatlichen Ausstellungsgelände Stuttgart, Kanzleistr. 28, zu besichtigen. Der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf von Dr. W i e l - L u d w i g s b u r g kommt zur Ausführung. Nach Fertigstellung des Gebäudes im Spätherbst d. J. wird dieses mehrere Wochen lang als Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich.

Zahlen, die zu denken geben. Die Zahl der Konkurse betrug im 1. Quartal 1931 in England 412, in Frankreich 891, in Deutschland 1137, in Italien 1555 und in den Vereinigten Staaten sogar 2595. — Das Gesamtaufkommen aus der Reichsbiersteuer betrug im Rechnungsjahr 1930 gegenüber dem Voranschlag von 550 Mill. RM. nur 473,26 Mill. RM. — In den letzten 2 Jahren stieg die Zahl der Medizinstudenten in Deutschland von 12 000 auf 18 000, in der Zahnheilkunde von 3300 auf 5400 und in der Tierheilkunde von 1900 auf 1350. — Die deutsche Autoindustrie feierte im Jahr 1930 nur rund 94 000 Personenkraftwagen und 16 500 Lastkraftwagen ab; das sind 30 000 Wagen weniger als 1929. Der Absatz von Kraftwagen ging sogar von 186 000 im Jahr 1929 auf 105 000 im Jahr 1930 zurück. Dementsprechend stellte sich im Vorjahr der Wert der gesamten deutschen Kraftfahrzeugproduktion auf rund 600—700 Mill. RM. gegenüber 990 Mill. RM. im Jahr 1929. — 160 deutsche Theater erhalten jährlich aus öffentlichen Mitteln rund 70 Mill. RM. Zuschüsse.

Die Invalidenversicherung. Die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1930 betragen etwa 1399 Millionen Mark. Von diesem Betrag waren 1279 Millionen Leistungen für Renten, 21 Millionen Entstattungen an die Träger der Angestelltenversicherung (Wanderversicherung) und schließlich 98,5 Millionen freiwillige Leistungen. Die Leistungen für eigene Renten verteilen sich auf rund 1173 Millionen, die durch die Deutsche Reichspost ausgezahlt wurden, und auf etwa 88,4 Millionen, die ohne Vermittlung der Post zur Auszahlung gelangten.

Die Gasse der deutschen Jugendherbergen. Daß die deutschen Jugendherbergen das Wandern der deutschen Jugend stärkstens angeregt haben, ergibt sich schon aus der ständig steigenden Zahl der Uebernachtungen. Im Jahre 1911 übernachteten in den damals vorhandenen 17 Jugendherbergen 3000 Wanderer, 1913 in 83 Jugendherbergen 21 000 Wanderer, 1921 in 1300 Jugendherbergen 506 000 Wanderer, 1926 in 2147 Jugendherbergen 2 107 000

Wanderer, 1928 in 2177 Jugendherbergen 3 276 000 Wanderer und 1930 in 2106 Jugendherbergen 4 200 000 Wanderer.

Handel und Verkehr

Die Landwirtschaft im Mai

Eine wesentliche Erleichterung der Lage der Landwirtschaft ist nach Berichten deutscher Landwirtschaftskammern in der Berichtszeit nicht festzustellen. Das Inkrafttreten der Einheitssteuer und der damit verbundene Fortfall bzw. Stundung der Mairate der Einkommensteuervorauszahlungen, sowie Steuererleichterungen und Steuernachlässe in den Düngemittelgebieten haben bis zu einem gewissen Grad entlastend gewirkt, ohne aber die ernste Lage der Landwirtschaft ausgleichend beeinflussen zu können. Die anhaltende Geldknappheit wird dringender als je empfunden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke erfuhr keine stellenweise nur geringe Belebung bei anhaltend starkem Angebot und niedrigen Preisen. Es fehlt zumeist an der erforderlichen Nachfrage zahlungsfähiger Käufer. Das Anwachsen der Zwangsversteigerungen in einzelnen Gebieten noch immer nicht zum Stillstand gekommen.

Die Frühjahrsoberbestellung ist im wesentlichen überall beendet. Der Stand der Winterfrüchte bedingt, nur Winterroggen zeigt fast durchweg dünnen Bestand. Aus verschiedenen Gebieten wird starkes Auftreten von Unkräutern und auch von Schädlingen, wie Drahtwurm, Rübenfliege, Freifliege, Erdflöhe u. a. gemeldet. Das Ergebnis einer Anbauflächenerhebung der Preisoberbehörde beim Deutschen Landwirtschaftsrat im Verhältnis zum Vorjahr zeigt, in welchem Ausmaß die Landwirtschaft die empfohlene Umstellung im Getreidebau durchgeführt hat. Nach dieser Erhebung hat Winterweizen eine Ausdehnung der Anbaufläche von 16,3 v. H. Sommerweizen um 8,8 v. H. gegenüber dem Vorjahr erfahren. Die Anbaufläche des Winterroggens beträgt nur noch 81,8 v. H. der vorjährigen. In Thüringen ist die Roggenanbaufläche bis auf rund 63 v. H., in Sachsen und der Rheinprovinz auf 69 v. H. heruntergegangen. Die eingesparten Flächen sind nicht ausschließlich für Weizen, sondern auch für eine Erweiterung des Gerstenanbaus herangezogen worden. Bei Hafer ist eine rückläufige Tendenz zu beobachten. Die Anbauflächenveränderungen dürften bei der Gesamtheit der Landwirte etwas geringer zu veranschlagen sein.

Der Stand der Wiesen und Weiden ist im allgemeinen gut. Der Viehfuttermangel ist beendet. Die Feldfruchtflächen sind vergrößert worden. Kleeschläge leiden stellenweise noch unter Frost- und Mäusebeschädigungen der Wintermonate.

In der Viehzucht und Viehhaltung ist die Lage durchweg tröstlich zu nennen. In der Pferdezucht findet sich hin und wieder Interesse für hochwertiges Zuchtmaterial und auch gute Arbeitspferde zu angemessenen Preisen. Bei Rindvieh sind sowohl für Zucht- wie für Schlachtvieh die Preise im allgemeinen rückgängig gelaufen. Besonders aus Bayern werden auf den wichtigsten Märkten fortlaufend erhebliche Ueberflüsse gemeldet. Der starke Rückgang der Schweinepreise — nur in Einzelfällen konnte vorübergehend ein leichtes Anziehen beobachtet werden — führte nur teilweise zu einer Einschränkung der Schweinezucht und Schweinehaltung. Das Interesse für die Geflügelzucht scheint etwas im Abnehmen zu sein, da niedrige Eierpreise die Rentabilität der Geflügelhaltung in Frage stellen. Die Abzahnmöglichkeit für Holz ist unverändert schlecht.

Die Obstblüte ist bei günstiger Witterung gut verlaufen. Ueberall wird guter Fruchtanfang beobachtet. Gemüsekulturen haben sich gut entwickelt. In den Tabakbaugebieten sind die Pflanzler noch mit dem Auslesen des Tabaks beschäftigt. Mit Ende des Berichtsmontats waren schätzungsweise drei Viertel der Anbaufläche bepflanzt. Durch die Verordnung des Reichsfinanzministeriums vom 27. April 1931, die eine Änderung der Bestimmungen für den steuerbegünstigten Feinschnitt gebracht hat, ist eine neue Verschärfung der Lage des deutschen Tabakbaus verurteilt worden. Die Entwicklung der Weinreben und ihr Anbau ist befriedigend.

Getreide-, Butter-, Käse- und Eiereinfuhr im Mai 1931

Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts Berlin betrug die Einfuhr von Getreide, Butter, Käse und Eiern in das deutsche Zollgebiet (Spezialhandel) im Mai 1931 und in dem Zeitraum Januar bis Mai 1931: 33 545 dz Roggen für 407 000 RM., (Januar bis Mai: 140 208 dz Roggen für 2 006 000 RM.), 582 190 dz Weizen für 7 893 000 RM., (2 348 620 dz für 34 077 000 RM.), 97 dz Roggenmehl für 3000 RM., (484 dz für 13 000 RM.), 8617 dz Weizenmehl für 301 000 RM., (44 503 dz für 1 688 000 RM.), 294 108 dz Gerste zur Viehfütterung für 2 769 000 RM., (2 666 419 dz für 23 403 000 RM.), 60 431 dz andere Gerste für 585 000 RM., (410 454 dz für 4 272 000 RM.), 75 572 dz Hafer für 651 000 RM., (279 424 dz für 2 383 000 RM.), 87 448 dz Milchbutter, Butterfett für 19 165 000 RM., (384 278 Doppelzentner für 94 109 000 RM.), 42 954 dz Hart- und Weichkäse für 5 386 000 RM., (205 493 dz für 26 274 000 RM.), 165 636 000 Stück Eier von Federweil für 16 998 000 RM., (626 880 000 Stück für 78 110 000 RM.), 264 424 000 Stück Eier vom Federweil (1 013 603 000 Stück).

Berliner Dollarkurs, 13. Juni, 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Abl.-Anl. 50,375.
Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 4,3.
Berliner Geldmarkt, 13. Juni, Tagesgeld 5,5—7,5.

Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank. Der Zentralausschuss der Reichsbank ist für morgen nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden. Wie man in Bankkreisen vermutet, soll es sich um die Frage einer Diskonterhöhung handeln, über deren Ausmaß aber noch nichts bekannt ist. Besonders wichtig will man die Entwicklung des morgigen Tages abwarten.

Die Neuyorker Notenbank kauft Reichsmark. Die Reichsbank hat gestern rund 8,8 Millionen Dollar Gold aus ihrem Neuyorker Depot verkauft. Zur Erleichterung der Situation hat die größte amerikanische Notenbank, die Federal Reserve Bank of New York heute mit dem Kauf von Markdevisen begonnen. Dies wird in unterrichteten Kreisen als ein wesentliches Moment zur Beruhigung betrachtet.

C. H. Knorr AG, Heilbronn. In der Generalversammlung der C. H. Knorr AG, Heilbronn, wurden die vorgelegten Berichte genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Aus dem erzielten Reingewinn von 1 341 292 Mt. werden 12 Proz. Dividende auf die Stammaktien und 10 Prozent auf die Vorzugsaktien verteilt. Der Rest von 493 716 Mt. soll auf neue Rechnung vorgetragen und 200 000 Mt. als weitere Rücklage dem Pensionsfonds überwiesen werden. Die turnusmäßig auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates wurden wiedergewählt.

Einschränkung des Passagierdienstes. Acht an dem transatlantischen Schiffsverkehr beteiligte Gesellschaften haben die Abschaffung getroffen, infolge des starken Rückganges des Passagierverkehrs etwa 30 Dampfer aus dem Sommerfahrplan zu streichen.

Stuttgarter Börse, 13. Juni. Die letzte Börse dieser Woche eröffnete zu erhöhten Kursen. Am Verlauf wurde es etwas schwächer. Schluß behauptet. Rentenmarkt sehr schwach. Von den per Termin und veränderlich gehandelten Papieren notierten Commerzbank 100, Darmstädter u. Nationalbank 110,50, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft 100, Dresdner Bank 100, Cement Heilbronn 50, per Kasse 51 et. bez. Brief, Daimler-Benz 17,50, per Kasse 18, Geflügel 78 G., per Kasse 78 G., Deutsche Linien 46 G., per Kasse 48 bez., J. G. Gartenindustrie 111,50 G., per Kasse 113 G., Südd. Zucker 93 G., per Kasse 92 bez., Gebr. Junghans 23,50 G., 24 bez., per Kasse 24 Geld, C. D. W. W. 9,50 G., per Kasse 10 G., Maschinenfabrik Hessler 141 B., per Kasse 139 B., Redarwerke Ultingen 68 G., per Kasse 67 G. Am Kassamarkt stellten sich Württ. Hypothekendarbank auf 100 bez. Brief, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidebörse, 13. Juni. Weizen märk. 272—274, Roggen 198—200, Futter- und Industriegetreide 200—216, Hafer 180—183, Weizenmehl 32,50—37,75, Roggenmehl 25,50—28,10, Weizenkleie 14,10—14,40, Roggenkleie 13—13,40.

Berliner Produktionsbericht. Bei der gegenwärtigen Unsicherheit der weiteren Entwicklung in der Politik sowie bezüglich der Preisgestaltung am Futtermittelmarkt zieht sich das Geschäft im Produktionsvertrieb wieder in enge Grenzen. Der Mehlabsatz geht über die Deckung des notwendigen Bedarfs nicht hinaus. Abschlässe auf spätere Lieferungen kommen jedenfalls nur sporadisch zustande. Auf der anderen Seite blieb das Inlandsangebot von Brotgetreide vor promptem Lieferung ziemlich gering, und die Preise waren wenig verändert. Abschlässe in Neugetreide scheitern zumeist an der zu großen Spanne zwischen Forderungen und Geboten. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen 0,75 bis 2 RM. schwächer ein. Roggen lag ruhig, aber ziemlich festig. Weizen- und Roggenmehle sind in den Forderungen wenig verändert. Hafer war am Promptmarkt ausreichend offeriert und im Preise ebenso wie am Lieferungsmarkt nicht immer behauptet. Gerste alter und neuer Ernte liegt bei schleppendem Geschäft eher wieder schwächer.

Unveränderte Maispreise. Der Verwaltungsrat der Reichsmailsstelle beschloß heute, die Maisverkaufspreise bis 21. Juni unverändert bestehen zu lassen.

Märkte

Viehpreise. Ebersbach a. d. Fils: Kalb 650, Rinder 190 bis 220. — Mengen: Ferkel 350—550, Ochsen 430—620, Kühe 240 bis 450, Kalb 450—540, Zungvieh 100—180 Mt.

Schweinepreise. Blaubeuren: Milchschweine 12—17. — Bönningheim: Milchschweine 10—16, Käufer 22. — Dillingen: Milchschweine 10—17. — Gaildorf: Milchschweine 10—16. — Gerabronn: Milchschweine 9—17. — Mengen: Milchschweine 10—17. — Nürtingen: Käufer 20—44, Milchschweine 11—16. — Spalding: Milchschweine 9—13. — Winnenden: Milchschweine 13—18.

Stuttgarter Wochenmarkt. Der Obstgroßmarkt vermochte die in Riesenmengen hereingekommenen Preislinge kaum auszunehmen. Durchweg alle Früchte wiesen einen schönen Reifegrad und ungewöhnliche Größe auf. Die Kaufslustigen hatten es nicht eilig mit dem Zugreifen, und man konnte voraussehen, daß die geforderten Spitzenpreise von 38—40 Pfennig für beste Ware sich bis Marktschluß nicht durchhalten lassen würden. Gute Durchschnittsware wurde zu 30—35 Pfennig das Pfund bereitwillig abgegeben, geringere zu 25—28 Pfennig. Kirschen waren zwar in beträchtlichen Mengen, jedoch nicht überreichlich angeboten. Beste Ware kostete 23—25 Pfennig, mittlere 18—22 Pfennig, geringere 15—16 Pfennig das Pfund. Grüne Stachelbeeren galten 22—25 Pfennig das Pfund.

Der Gemüsegroßmarkt war sehr reichlich beliefert, auch Preislinge wurden häufig neben dem Gemüse feilgehalten. Die verlangten und bezahlten Preise unterschieden sich nur unwesentlich von den letztgemeldeten. Für Brockelerbsen wurden zwar noch 25 Pfennig gefordert, es war aber auch ganz annehmbare Ware zu 20—22 Pfennig das Pfund erhältlich. Das Angebot in Buschbohnen war etwas größer, das Pfund kostete aber noch 80—90 Pfennig. Kohl gab es reichlich zu 16—18 Pfennig das Pfund. Blumenkohl inländischer Erzeugung war reichlicher am Markt; er war preiswerter insofern, als zu den gewohnten Stückpreisen von 20—60 Pfennig größere Köpfe abgegeben wurden. Der Kleinhandel gab alle Kartoffeln zu 8 Pfennig, neue Auslandsartoffeln zu 20—25 Pfennig das Pfund ab.

Auf den Lebensmittelmärkten galten für Butter und Eier die von den Normmärkten gemeldeten Preise. Auch andere Kleinmarktpreise ließen erwähnenswerte Änderungen nicht erkennen.

GRABSTEINE
und
GRABEINFASSUNGEN

liefert vom Lager zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr günstigen Zahlungsbedingungen

WILHELM KRAUSS, Paulinenstr.
Nicht am Lager befindliche Grabdenkmäler in verschiedenen Ausführungen nach Katalog sehr preiswert.

Ein am hiesigen Plage stehendes, sehr gut erhaltenes

PIANINO

ist miet- oder kaufweise günstig abzugeben.

Sofortige Zuschriften erbeten an

Flügel- u. Klavierfabrik Carl A. Pfeiffer
Stuttgart, Silberburgstr. 120—124 a.

Gemeindeverwaltungen, Oberamtsbaumeister, Stadtbaumeister.

Die durch die
Feuerungsverordnung
notwendigen
neuen Bauvorschriften
für Wohngebäude, Feuerungseinrichtungen, gewerbliche Feuerungen und Backöfen, sowie

Tertausgabe der Feuerungsverordnung in Taschenformat
sind zu beziehen durch die
Buchdruckerei „Wildbader Tagblatt“
als Mitglied der Formularegenossenschaft württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H., Stuttgart.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen
liefert schnell und preiswert
die **Druckerei des Wildbader Tagblatt.**

Empfehle mich für
Familien- und Gesellschafts-Ausflüge
(10 bis 12 Personen)
bei größeren Entfernungen pro Kilometer 45 Pf.
Ig. Kirchlechner, Autovermietung.
Telefon 514.

Landes-Kurtheater
Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr
Montag den 15. Juni
Der Mann, um den es sich dreht
Eine diebische Angelegenheit von Max Heye.
Dienstag den 16. Juni
Sturm im Wasserglas
Komödie von Bruno Frank.

Waaas — Hühneraugen?
— na wartet eine Schachtel
„Lebewohl“
verjagt euch.
Hühneraugen-Lebewohl
Blehd. (8 Plaster) 75 Pfg.
In Apotheken und Drogerien.
Sicher zu haben:
Eberhard-Drog. Apoth. K. Plappert.